

Protokoll über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 04.12.2006
--

im Rathaus Körle, Sitzungssaal

Beginn: 18:30 Uhr Ende: 19:40 Uhr

Anwesenheit

- a) Anwesende Mitglieder der Gemeindevertretung  
(stimmberechtigt):  
13 Gemeindevertreter/-innen laut beiliegender Anwesenheitsliste
- b) Anwesende Mitglieder des Gemeindevorstandes  
(nicht stimmberechtigt):  
siehe beiliegende Anwesenheitsliste
- c) Es fehlten entschuldigt:  
siehe beiliegende Anwesenheitsliste

Die Mitglieder der Gemeindevertretung waren durch Einladung vom 22. November 2006 auf Montag, den 04. Dezember 2006 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Der Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben wurden. Die Gemeindevertretung war nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Tagesordnung:

1. Beratung und Beschlussfassung über die 1. Änderung der Wasserversorgungssatzung vom 28.06.2004 (**Anlage 1**)
2. Beratung und Beschlussfassung über die 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung der Gemeinde Körle vom 05.07.1999 über die Benutzung des Kindergartens und des Kinderhortes (**Anlage 2**)
3. Beratung und Beschlussfassung über die 1. Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2006
4. Einbringung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2007
5. Ehrung von ausgeschiedenen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern

Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwendungen erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

Die Verhandlungen fanden in  öffentlicher  nichtöffentlicher Sitzung statt.

Protokoll über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 04.12.2006
--

Lfd. Nr.	TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmung Ja/Nein/Enth.
----------	-----	---	-----------------------------

- |    |   |  |  |
|----|---|--|--|
| 28 | 1 | <p>Bürgermeister Gerhold trägt vor, dass wenn man über eine Änderung im Bereich der Wasserversorgung spricht, dies meistens eine Erhöhung des Wassergeldes bedeutet. Die Gemeinde Körle hat seit zwei Jahren geringere Einnahmen im Bereich der Wasserversorgung, dagegen aber steigende Kosten wie z. Bsp. Energiekosten, durch Abschreibung, durch Fixkosten, wie Personalkosten etc. Auf Grund der gestiegenen Einwohnerzahl könnte man meinen, dass auch der Wasserverbrauch steigt und dementsprechend auch die Einnahmen im Bereich der Wasserversorgung. Dies ist nicht der Fall, die Leute neigen gerade in dem Bereich zum Sparen, so dass die Wasserversorgung teurer geworden ist, insofern hat die Gemeinde auf der einen Seite Fixe und steigende Energiekosten, wenn man jedoch den Haushalt von der anderen Seite betrachtet, dann hat die Gemeinde nicht die notwendigen Einnahmen, um das Defizit bei der Wasserversorgung auszugleichen.</p> |  |
|----|---|--|--|

Der Bereich Wasserversorgung schloss im Jahr 2005 mit einem Fehlbetrag von 45.153 Euro ab. Auch das Jahr 2006 wird voraussichtlich mit einem Minus von ca. 36.000 Euro enden. Wenngleich in den beiden Jahren erhöhte Belastungen durch einen Pumpenwechsel und die Reparatur des Daches am Hochbehälter anfielen, zeigt sich, dass durch höhere Reparaturaufwendungen am Versorgungsnetz mit den aktuellen Gebühreneinnahmen keine Kostendeckung erreicht werden kann. Das für 2007 drohende Defizit ist damit Grund genug, eine Gebührenerhöhung vorzuschlagen. Um eine Kostendeckung zu erreichen, muss die Gebühr um 0,35 Euro steigen. Die neue Gebühr von 1,50 Euro/cbm inkl. Mehrwertsteuer liegt dann immer noch deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 1,85 Euro.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet Vors. Oetzel das sich der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung vom 30.11.2006 mit dem Beschlussvorschlag zur 1. Änderungssatzung eingehend befasst hat und mit der Mehrheit der Stimmen der Gemeindevertretung folgendes empfiehlt. Der Haupt- und Finanzausschluss empfiehlt der Gemeindevertretung, die 1. Änderung der Wasserversorgungssatzung vom 28.06.2004 zu beschließen.

Für die SPD trägt Herr Oetzel vor, dass wenn man sich die Haushaltslage der letzten beiden Jahre 2005 und 2006 ansieht, dann hat die Gemeinde einen erheblichen Fehlbetrag im Gebührenhaushalt der Wasserversorgung zu verzeichnen. Die SPD Fraktion ist der Auffassung, dass sich an diesem Fehlbetrag auch in Zukunft vermutlich wenig ändert. Das was eingespart werden kann, wird gespart. Letztlich sind es die

Protokoll über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 04.12.2006
--

Lfd. Nr. TOP Verhandlungsniederschrift und Beschluss

Abstimmung  
Ja/Nein/Enth.

Kosten, die unverhofft auf die Gemeinde zukommen, wie z. Bsp. Unterhaltungskosten bei Wasserrohrbrüchen. Die Gemeinde braucht die Mehreinnahmen, um diese Kosten abdecken zu können. Außerdem besteht durch das Gesetz über kommunale Abgaben (KAG) die Verpflichtung, die Gebühren so zu bemessen, dass der Gebührenhaushalt ausgeglichen ist. Die Gemeinde liefert letztendlich auch eine Ware. Anders als bei den Steuereinnahmen, haben die Einwohner der Gemeinde eine direkte Gegenleistung, die jeder Verbraucher sieht, wenn er den Wasserhahn aufmacht. Daher wird die SPD Fraktion der vorgeschlagenen Gebührenerhöhung zustimmen.

Für die CDU trägt Herr Gebauer vor, dass wenn man den Wissenschaftlern trauen darf, das Wasser das kostbare Gut, das Gold von morgen sein wird. Herr Gebauer ist der Meinung, dass man sich an dieser Stelle bei den Körler Bürgerinnen und Bürgern bedanken muss, da diese es verstanden haben, den Wasserhaushalt, den Wasserverbrauch zu reduzieren. Er hat sich bei verschiedenen Händlern informiert, und die Auskunft erhalten, das beim Kauf von Waschmaschinen oder anderen Wassergeräten wie z. Bsp. Geschirrspüler nur noch nach Energie- und Wassereinsparung nachgefragt wird. Das haben die Körler Bürgerinnen und Bürger wahrscheinlich auch so gemacht. Der Wasserhaushalt ist weniger geworden, die Gemeinde hat weniger Wasser verkauft. Die Bürger versuche das kostbare Wasser zu reduzieren, damit es für viele Jahrzehnte ausreicht. Ist der Wasserverbrauch zu groß, dann wirkt die Gemeinde darauf hin, den Wasserverbrauch zu reduzieren. Als Dankeschön dafür will die Gemeinde das Wassergeld erhöhen. Das Wassergeld soll um 0,35 Euro pro cmb auf 1,50 Euro steigen. Das bedeutet zwar im laufenden Jahr, wenn man einen Durchschnittsverbrauch von 100 cmb nimmt eine Mehrbelastung von gerade mal 2,92 Euro im Monat. Da man aber die Kostenanhebung für Januar vorgesehen hat, wird die Belastung auf Grund der kommenden Mehrwertsteuererhöhung für die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich höher ausfallen. Es ist richtig, dass der Gebührenhaushalt ausgeglichen sein soll, doch sollte man im Hinblick auf den Nachtrag an anderer Stelle sparen und nicht den Bürgern als Dankeschön für ihre Sparsamkeit die Gebühren erhöhen. Die CDU wird daher die vorgeschlagene Gebührenerhöhung nicht mittragen.

**Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Wasserversorgungssatzung der Gemeinde Körle. Die Änderungssatzung liegt dem Protokoll als Anlage bei.**

9/4/0

Protokoll über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 04.12.2006
--

Lfd. Nr.	TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmung Ja/Nein/Enth.
----------	-----	---	-----------------------------

- |    |   |   |  |
|----|---|---|--|
| 29 | 2 | <p>Bürgermeister Gerhold berichtet, dass man sich ja bereits vor einigen Monaten mit dem Thema Bambini-Programm auseinandergesetzt hat, doch damals wurde darüber noch nicht entschieden, da es sich lediglich um einen Gesetzesentwurf handelte und man abwarten wollte bis das Land Hessen genauere Informationen zu dem Thema gibt. Dies ist zwischenzeitlich erfolgt, so dass das Thema auf der Tagesordnung steht und darüber beschlossen werden kann. Aus den Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs verteilt das Land Hessen Zuweisungen an Gemeinden, die das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei stellen. Pro Kind und Monat werden 100 Euro gezahlt. Die Gemeinde Körle muss alle Kinder, die im Gemeindegebiet eine Kindertagesstätte besuchen, im letzten Kindergartenjahr gebührenfrei stellen, also auch diejenigen, die bei den „Kleinen Strolchen“ betreut werden. Eine entsprechende Regelung ist in der Gebührensatzung zu treffen, denn nur hiermit kann ab 01.01.2007 ein Antrag auf Zahlung der Mittel an das Regierungspräsidium gestellt werden.</p> |  |
|----|---|---|--|

Der Haupt- und Finanzausschuss, vertreten durch den Vors. Oetzel, empfiehlt der Gemeindevertretung, die 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung der Gemeinde Körle vom 05.07.1999 über die Benutzung des Kindergartens und des Kinderhortes zu beschließen. Die Empfehlung erfolgte einstimmig.

Für die SPD trägt Herr Braun vor, dass die SPD-Fraktion die anstehende Änderung der Kindergartengebühr von zwei Seiten sieht. Zum einen steht bei der SPD eine familienfreundlichere Politik hoch im Kurs. Deshalb wird die angedachte finanzielle Entlastung von Familien mit Kindern im Vorschulalter einheitlich begrüßt.

Die SPD freut sich, dass die Körler Eltern im Schnitt 80 Euro pro Monat für das letzte Kindergartenjahr sparen können. Zum anderen ist man in der SPD aber nicht mit der Finanzierung des Bambini- Programms zufrieden. Es ist ein Landesprogramm, wird aber zu mehr als 90 % aus dem Topf der Kommunen, aus dem kommunalen Finanzausgleich, bezahlt. Die SPD hat von der hessischen Landesregierung erwartet, dass diese ein solches Programm aus eigenen Mitteln finanziert, wenn sie einen solchen Vorstoß zur Gebührenfreiheit vornimmt. Trotz der unbefriedigenden Finanzierung stehen für die SPD die Körler Familien im Vordergrund. Neben der Ersparnis von 80 Euro im Monat pro Kind, ist für die SPD auch wichtig, dass die Betreuung von Kindern unter drei Jahren deutlich günstiger wird. Denn die Gemeinde Körle kann bis zu 200 Euro im Monat pro Kind an

Protokoll über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 04.12.2006
--

Lfd. Nr.	TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmung Ja/Nein/Enth.
----------	-----	---	-----------------------------

die „Kleinen Strolche“ auszahlen, wodurch für viele Eltern ein Krippenplatz für Kinder bis zwei Jahren bezahlbar wird. Die SPD wird daher erstens der Gebührenbefreiung zustimmen und spricht sich zweitens für die Zahlung des Zuschusses an die „Kleinen Strolche“ aus.

Für die CDU trägt Frau Brede vor, dass die hessische Landesregierung mit ihrem Sonderprogramm Bambi die Voraussetzung geschaffen hat, die Elterbeiträge im letzten Kindergartenjahr gebührenfrei zu stellen. Das ist nach Meinung der CDU endlich mal ein Schritt nach vorne. Zahlreiche junge Familien profitieren davon und werden entlastet. Die CDU stimmt daher der 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung der Gemeinde Körle vom 05.07.1999 über die Benutzung des Kindergartens und des Kinderhortes zu.

**Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung der Gemeinde Körle vom 05.07.1999 über die Benutzung des Kindergartens und des Kinderhortes. Die Änderungssatzung liegt dem Protokoll als Anlage bei.**

13/0/0

30	3	Der Haupt- und Finanzausschuss, vertreten durch den Vors. Oetzel, empfiehlt der Gemeindevertretung, die 1. Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2006 zu beschließen. Die Empfehlung erfolgte einstimmig.
----	---	---

Für die SPD trägt Herr Oetzel vor, dass der Nachtragshaushalt darstellt, was sich im Laufe des Jahres alles verändert hat. Irgendwann ist im Laufe der Abwicklung des Haushaltsjahres der Punkt erreicht, an dem man nicht mehr mit Über- und Außerplanmäßigen Ausgaben arbeiten kann, sondern der Gesetzgeber einen Nachtragshaushalt vorschreibt. Man hat vor einem Jahr über den Ursprungshaushalt gesprochen und darüber entschieden, so dass es sicher normal ist, dass sich einige Ansätze im Laufe eines Jahres ändern. Für die SPD sind folgende Änderungen besonders erwähnenswert. Es gibt einige 5-Stellige Änderungen, die letztlich die Änderung bzw. Erhöhung des Fehlbetrages nach sich ziehen. Das Dach der Berglandhalle musste repariert werden, was zu einer Erhöhung des Ursprungsansatzes für Unterhaltung der Halle in Höhe von 37.000 Euro geführt hat. Die Gewerbesteuererinnahmen sind um 50.000 Euro gegenüber dem Ansatz zurück gegangen. Die Gemeinde hat weniger eingenommen, als gedacht. Zusätzlich und das ist nach Meinung der SPD der dickste

Protokoll über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 04.12.2006
--

Lfd. Nr.	TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmung Ja/Nein/Enth.
----------	-----	---	-----------------------------

Brocken, hat das Jahr 2005 mit einem schlechteren Ergebnis abgeschlossen, als ursprünglich gedacht. Der Abschluss war auch nicht im Originalhaushalt für das Jahr 2006 enthalten, so dass 98.000 Euro mehr an Fehlbetrag ausgeglichen werden müssen, d. h. in die Haushaltsplanung einbringen müssen. Wenn die drei Beträge addiert werden, kommt man schon auf einen Betrag von knapp 200.000 Euro. Es gibt noch weitere kleinere Abweichungen. Manche Ansätze haben sich erhöht, andere verringert. Und auch im Einnahmehereich gibt es kleiner Abweichungen, die aber letztlich nicht so gravierend sind. Unterm Strich bedeutet das, dass der Haushalt 2006 mit einem Fehlbetrag von 400.000 Euro abschließt, der im Jahr 2007 veranschlagt werden muss. Die Wiederrum belastet den Haushalt. Ob es gelingt, die Belastung zu schultern und so weit wie es geht abzusenken, wird das kommende Jahr zeigen, so dass der SPD nichts anderes übrig bleibt, als dem Nachtrag zuzustimmen.

Für die CDU trägt Herr Gebauer vor, dass man zwar nicht immer einer Meinung ist, aber dies im Falle des Nachtrages anders ist. Es kann nicht sein, dass die CDU das ganze Jahr den Haushalt mitträgt und am Ende des Jahres plötzlich nein sagt. Im Jahr 2007 hat man mit dem Haushalt viel vor, vielleicht sollte man dort an der ein oder anderen Stelle noch mal sehr genau hinschauen. Die CDU stimmt dem Nachtrag zu.

**Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die Erste Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2006. Der Verwaltungshaushalt erhöht sich von 3.257.400,-- € auf 3.657.400,-- €. Die Ansätze des Vermögenshaushaltes bleiben unverändert. Kredite werden nicht veranschlagt. Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird nicht verändert. Steuersätze werden nicht geändert. Es gilt der von der Gemeindevertretung am 04.12.2006 beschlossene Stellenplan. Die Deckungsvermerke werden nicht geändert.**

13/0/0

- |    |   |   |  |
|----|---|---|--|
| 31 | 4 | Bürgermeister Gerhold bringt die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2007 ein und liest den Vorbericht 2007 vor.  |  |
| 32 | 5 | Die Ehrung der ausgeschiedenen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern wird durch den Vorsitzenden der Gemeindevertretung Peter Carli durchgeführt. Die Ehrung erfolgt nach dem Alphabet. |  |

Protokoll über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 04.12.2006
--

Lfd. Nr.	TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmung Ja/Nein/Enth.
----------	-----	---	-----------------------------

**Albrand, Jochen SPD:**

Gemeindevertreter von 1997 – 2001  
 Gemeindevertreter, auch stellv. Vors. 2001 – 2006  
 Mitglied im Ortsbeirat Empfershausen von 1989 bis zur Zeit.

**Bockkopf, Bodo FDP:**

Gemeindevertreter von 1981 – 1985, 1993 – 1997,  
 ab Nov. 2002 – 2006 als Nachrücker für den Herrn  
 Schwabach, der weggezogen ist.  
 Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss von 1981 – 1985,  
 1993 – 1997.  
 Mitglied im Bau-, Umwelt- und Friedhofsausschuss von 1993  
 – 1997. Diesen Ausschuss gibt es heute nicht mehr.

**Böhnert, Andreas:**

entschuldigt

**Brandau, Jörg:**

Gemeindevertreter von 2001 – 2006  
 Mitglied im Ortsbeirat Empfershausen von 1993 bis zur Zeit.

**Dudszus, Rolf:**

Mitglied im Gemeindevorstand von 1993 – 1997  
 Gemeindevertreter von 1997 – 2001  
 Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss von 1997 – 2001  
 Mitglied im Ortsbeirat Empfershausen von 1989 – 1993, 2001  
 - 2006

**Freudenstein, Mark:**

entschuldigt

**Geher, Sabine:**

entschuldigt

**Hillwig, Heiko:**

entschuldigt

**Krell, Bernd:**

Mitglied Ortsbeirat Wagenfurth von 1997 – 2001, im Januar  
 2004 bis 2006 als Nachrücker für Bernhard Lanzenberger, da  
 dieser auf Grund der Bürgermeisterkandidatur in Melsungen  
 sein Mandat nieder legen musste.